

Zwischenruf

Zur »Politik. Parteien. Pazifismus?«-Debatte im FP-Heft 38

Welch ein guter Einfall der Redaktion, sich der Bundestagswahl unter dem Gesichtspunkt »Politik. Parteien. Pazifismus?« zu nähern. Wohl ausgewogen kommen zwei Frauen und zwei Männer zu Wort. Die beiden Frauen kandidieren für den Bundestag und machen somit aus dem Fragezeichen in der alle vier Beiträge verbindenden Unterzeile ein deutliches Ausrufezeichen: WählerIn, nimm dein Wahlrecht und wähle mich – als SPD-Kandidatin mit meiner persönlichen Glaubwürdigkeit (Ute Finckh) und mich als Kandidatin der Linken mit meinem stimmigen Antikriegsprogramm (Kathrin Vogler). Die beiden Männer sind entschieden, ihr Wahlrecht nicht (mehr) wahrzunehmen und betonen das Fragezeichen. Sie meinen, dass die schwerwiegenden politischen Entscheidungen nicht in den Parlamenten, sondern in den Zentralen der Banken, Großkonzerne und Industrieverbände oder zumindest unter Rücksicht auf deren Interessen gefällt würden (Michael Schmid) und dass Wahlen die Verantwortung des Volkes auf einige Vertreter verlagerten, die gar nicht in der Lage seien, die in sie gesteckten Erwartungen erfüllen zu können – in Wirklichkeit sei der Kaiser nackt (Ullrich Hahn).

Kann es einen tragfähigen Begriff von Pazifismus geben, der eine gemeinsame Verbindungslinie zwischen diesen vier sehr differenzierten Positionen herstellt? Ich habe da meine Mühe. Nach meiner Lesart der Beiträge ist es weniger das PazifistIn-sein, als das Bedürfnis sich selbst zu engagieren und verändernd zu handeln, das die Vier verbindet: Warum ich als engagierte BürgerIn das und jenes mache – und damit zu Veränderungen beitragen will: Die Wahrnehmung der SPD verändern (Finckh, S. 6); eine Politik gegen den Krieg möglich machen (Vogler, S. 9); »Jesusanische Politik« beginnen, also durch beispielhaftes Handeln zu politischen Veränderungen beitragen (Schmid, S. 13); nicht darauf warten, dass die Probleme der Menschheit (Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt) von oben, durch den Staat gelöst werden, sondern als Einzelner Eigenverantwortung übernehmen (Hahn, S. 14).

Man könnte annehmen, dass eine wichtige Schnittmenge unter den vier PazifistInnen in einem ernsthaften und engagiert selbst praktizierten »Sowohl-als-auch« besteht: Sowohl – in unterschiedlicher Intensität – sehen bzw. anerkennen, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht bzw. ausgehen soll, als auch die Möglichkeiten, die zivilgesellschaftlichen Kräfte von unten zu fördern und zu entwickeln. Vielleicht könnten die Vier sich auf

dieser Grundlage auch auf eine gemeinsame Zielorientierung verständigen: eine Bewusstseinsveränderung der Bevölkerungsmehrheit erreichen, um Frieden ohne Waffen schaffen zu können.

Angenommen, meine Lesart träfe zu, dann zeigen die vier Beiträge in beeindruckend klarer Weise, wie viele Wege es zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles geben kann. Und damit wird das eigentliche Problem deutlich: Wie verständigen sich vier PazifistInnen über den einzuschlagenden Weg?

Jetzt wäre ich als Leser hoch interessiert an dem Austausch der vier AutorInnen über die Beiträge der jeweils anderen. Mich interessierte ein Diskurs über Fragen wie:

- Welche Folgen zeitigt lange, gemeinsame Erfahrung in einer Friedensorganisation wie dem Bund für soziale Verteidigung, wenn der Weg in unterschiedliche Parteien führt?
- Wie viel Unterschiedlichkeit darf das Gegenüber haben, um noch gemeinsam mit ihm einen Weg beschreiten zu können, oder gibt es Grenzen und wo liegen sie und wie findet man sie?
- Gibt es eine Verständigung auf gemeinsame Werte, die konkreter sind als die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?
- Wie kann in einer globalisierten Welt Macht gebändigt werden? Könnte man sich auf das Ziel Bändigung der Macht durch Recht einigen?
- Würden die Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes – demokratischer und sozialer Rechtsstaat – zu einem gemeinsamen Bezugspunkt für konkretes Handeln werden?
- Mit welchen zeitlichen Vorstellungen – Legislaturperiode von 4 Jahren vs. Endlagerproblematik von 1000 Jahren – begibt man sich auf den Weg?
- Könnte man sich auf konkrete kleine erste Schritte zur Veränderung des Wahlrechts verständigen, um die Kluft zwischen Wählen und Nicht-Wählen zu überwinden? Was wäre, wenn ein Kreuzchen auf dem Wahlzettel an einer Stelle möglich wäre, auf der steht: Ich enthalte mich der Stimme, weil...? Und diese Kreuzchen sorgfältig gezählt und ausgewertet und veröffentlicht würden?

Vielleicht gelingt es der Redaktion, für ein Heft nach der Bundestagswahl die vier AutorInnen um einen Kommentar in diesem Sinne zu bitten.

Dr. Werner Glenewinkel ist Mitglied der DFG-VK und Vorsitzender der Zentralstelle KDV.

